

## Über die Versuche, die (faktische) Abschaffung des kommunalen Sozialtickets in Dortmund zu verhindern

**Mobilität gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Eine zunehmende Zahl von Bürgern dieses Landes kann sich jedoch aufgrund von Armut nicht mal mehr Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln (ÖPNV) leisten. Dafür haben insbesondere die von einer rot-grünen Bundesregierung zu verantwortenden sog. Arbeitsmarkt-Reformen (Hartz-Gesetze) gesorgt.**

**Dortmund hatte sich nach jahrelangem öffentlichen Druck dazu entschlossen, für seine einkommensschwachen BürgerInnen eine Fahrpreisermäßigung in Form eines Monats-tickets zum Preis von 15 € einzuführen. Ein vielbeachteter Schritt, mit dem diese Stadt – was die Modalitäten anging – damals bundesweit einen einsamen Spitzenplatz einnahm. Und das Angebot wurde ein echter Renner.**

**Gleichwohl deutete sich bereits kurz nach den jüngsten Kommunalwahlen (Ende August 2009) an: Das vergünstigte Abo würde das Ende der 2-jährigen Pilotphase kaum überleben. SPD, CDU und FDP/Bürgerliste machten sich gemeinsam dran, die Konditionen des kommunalen Sozialtickets „neu zu justieren“.**

Es ist, um das vorwegzunehmen, tatsächlich bei dem unseligen Beschluss des Rats vom 26.11.09 geblieben. Das 15-Euro-Ticket wurde Ende Januar, zum Ende der 2-jährigen Erprobungsphase, abgeschafft. Für das Nachfolgeangebot ist ein Eigenanteil von 30 € aufzubringen. Zudem gilt die Ermäßigung nur noch für Monatstickets der Sorte Ticket1000 (Preisstufe A) in der 9-Uhr-Version. "Später starten und mehr bezahlen!", titelte eine Dortmunder Tageszeitung dazu treffend (RN 8.12.09).

Auch hinsichtlich der Minilösung bei der Einbeziehung von Niedriglohneempfängern hat sich in den letzten Wochen nichts mehr geändert: Zusätzlich einbezogen werden nur Bezieher/-innen von Wohngeld.

Zumindest die letztgenannte Neuerung schreiben sich die Initiativen als Erfolg zu. Ansonsten ist die Entwicklung für uns und die (zuletzt) rd. 24.000 Ticket-InhaberInnen richtig bitter! Aus einem Anfang des Monats vorgelegten Bericht des Dortmunder Sozialdezernenten geht hervor, dass bis zum 3. Februar von den 24.066 „Altkunden“ 12.581 ihr Sozialticket-Abo gekündigt hatten – und sich nur 4.554 zugunsten der Abschlussregelung haben umschreiben lassen. Rund 6.500 hatten bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf das entsprechende Schreiben der Stadt reagiert.

Diese Zahlen zeigen überdeutlich, dass die neuen Konditionen für kaum noch jemanden in Dortmund „passen“ und mehr als die Hälfte der Betroffenen ab diesem Monat, was die Nutzung von Bus&Bahn angeht, wieder deutlich kürzer treten muss. Neuanträge zu dem Pseudo-Sozialticket lagen nach gleichem Schreiben für ganze 148 (!) Personen vor.

Bedarf es noch eines zusätzlichen Beweises, dass das Rathaus mit seinen Beschlüssen zum Sozialticket völlig daneben liegt? Die Betroffenen sehen sich aus unserer Sicht zurecht von Kommunalpolitik und kommunalem Verkehrsunternehmen im Stich gelassen. Für alles Mögliche ist Geld da, trotz des zuletzt rd. 150 Mio. € betragenden Haushaltsdefizits – für die Subventionierung des Konzerthauses und des Flughafens oder auch den alle paar Monate um ein paar Millionen nach oben korrigierten Investitionsbedarf für die Fertigstellung des Dortmunder Vorzeigeprojekts im Rahmen der Kulturhauptstadt Ruhr2010 (Dortmunder „U“) - nicht jedoch für ein Sozialticket, das diesen Namen wirklich verdiente. Wir nennen die Fahrpreisermäßigung nach den neuen Konditionen daher auch "**das Un-Sozialticket**".

Dabei hatten wir in den letzten Wochen eine Menge unternommen, um dieses Desaster zu verhindern. Angefangen mit einer **Aktionskonferenz am 7. Januar**, zu der das Sozialforum Gewerkschaften, Sozialverbände, Wohlfahrtsverbände, zahlreiche Initiativen aus dem Umwelt- und Sozialbereich sowie Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und das örtliche Linke Bündnis eingeladen

hatte. Trotz des ungünstigen Termins war die Konferenz gut besucht. Selbst der DGB Region Dortmund-Hellweg war - erstmalig - offiziell mit einer Beobachterin vertreten. Die Konferenz beschloss, folgenden **Beschlussvorschlag** an den Rat der Stadt zu übermitteln:

"Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Ausgestaltung des neuen Sozialtickets mit der DSW21 AG dahingehend neu zu vereinbaren, dass

1. das Sozialticket auch künftig zeitlich unbeschränkt nutzbar ist
2. der Nutzerkreis um Personen erweitert wird, deren monatliches Einkommen um max. 20 % über den Regelsätzen nach SGB II /SGB XII (einschließlich Kosten der Unterkunft) liegt
3. der vom Abonnenten aufzubringende Eigenanteil die in den Regelsätzen nach SGB II / SGB XII enthaltene Pauschale für „fremde Verkehrsleistungen“ nicht überschreitet."

Dieser Beschlussvorschlag wurde auch vom DGB unterstützt.

Zugleich verständigten sich die TeilnehmerInnen auf eine ganze **Reihe von Aktionen** - wofür ein spezieller Aktionsausschuss gegründet wurde, der im Namen des Bündnisses "Hände weg vom Sozialticket" die konkreten Vorbereitungen übernahm:

- 14.01. Kundgebung vor dem Rathaus, anschließend Besuch der Ratssitzung
- 25.01. Aktion anlässlich des traditionellen Neujahrsempfang der Stadt (im Konzerthaus)
- 01.02. bunter Aktionstag an einer der zentralen Stadtbahnhaltestellen in der City, anlässlich der Einführung der neuen Konditionen

Später kamen noch hinzu:

- 09.02. Besuch der Sozialausschuss-Sitzung: Wir beobachten unsere gewählten Vertreter und dokumentieren ihr Abstimmungsverhalten zum Sozialticket
- 18.02. Kundgebung vor dem Rathaus 'Das ist nicht das Ticket, was wir meinen!', anlässlich der abschließenden Beratung unserer Forderungen im Rat der Stadt Dortmund

Alle diese Aktionen sind durch Presseartikel, eigene Presseerklärungen u.ä. auf der Website des Dortmunder Sozialforums dokumentiert, siehe [agora.free.de/sofodo/themen/do-spez-1/sozialticket](http://agora.free.de/sofodo/themen/do-spez-1/sozialticket). Unser letztes Flugblatt im Rahmen dieser Aktionen finden Sie / findet Ihr unter: <http://agora.free.de/sofodo/static/text/2010-02-18-flugblatt-un-sozialticket.pdf>

Die Aktionen waren durchweg bunt und ideenreich, um nicht das Wort phantasievoll zu strapazieren, und zudem gut vorbereitet. Im wöchentlichen Rhythmus traf der **Aktionsausschuss** zusammen und legte die nächsten Schritte fest. Es erwies sich als sinnvoll, unmittelbar im Anschluss an eine Aktion zu einer gemeinsamen Auswertung des soeben Erlebten und zur Planung des nächsten Schrittes zusammen zu kommen. Alle Beteiligten - ein bunter Kreis aus Freiwilligen aus dem ganzen o.g. Spektrum - haben sich als ausgesprochen zuverlässig und rücksichtsvoll (untereinander) erwiesen und die Sache bis heute gemeinsam getragen.

Dass unsere Anstrengungen nicht von Erfolg gekrönt sein würden, war jedoch spätestens seit der Ratssitzung am 14. Januar, also bereits 1 Woche nach der Aktionskonferenz, absehbar. Wir hatten an jenem Tag vor dem Rathaus eine Kundgebung mit 100-120 Leuten veranstaltet - für unsere Verhältnisse schon viel.

In der Sitzung wurde dann, vielleicht auch unter dem Eindruck der bis auf den letzten Platz besetzten Zuschauertribüne (viele warteten noch vor den Türen), der dringlichste TOP Sozialticket auf den Sozialausschuss verwiesen. Sicher eine legale, aber höchst ärgerliche und nicht zu rechtfertigende Vorgehensweise.

Nicht einmal der Antrag, die bloße Einbringung der Anträge zum Sozialticket an den Anfang zu legen, fand die Zustimmung der SPD-Fraktion (von CDU und FDP mal ganz zu schweigen). Stattdessen durften die ZuschauerInnen auf der Tribüne ein Trauerspiel, eine inhaltsleere Scheindebatte zum vorgesehenen ersten Tagesordnungspunkt, der Wiederholung der Dortmunder Kommunalwahlen, erleiden. Die kurze Einbringung des Punktes Sozialticket konnte erst 4 Stunden nach Beginn der Sitzung erfolgen - als die Tribüne längst (fast) leer war.

Die Verweisung in die Ausschüsse bedeutete allein von den Sitzungsterminen her, dass vor dem 1. Februar, dem Tag der Einführung der neuen Konditionen, keine anderweitigen Beschlüsse des Rats mehr herbeizuführen waren. Mit den oben beschriebenen Konsequenzen. Jede(r) Betroffene mußte jetzt für sich allein entscheiden, ob er/sie die Neukonditionen (immerhin Verdoppelung des Abgabepreises!) - zähneknirschend - hinnimmt oder das Abo vorzeitig kündigt. Das, was wir schon vorher prognostiziert hatten, traf ein: Ein rasanter Schwund an Abonnenten, gleichzeitig auch ein völliger Flop hinsichtlich der - erstmaligen - Einbeziehung von Geringverdienern. Welcher Geringverdiener, welcher Maßnahmenteilnehmer kann schon was mit der Einschränkung auf Fahrten nach 9 Uhr anfangen?

Diese Entwicklung dürfte auch wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Beteiligung an den Folgeaktionen deutlich zurückging (normale, politisch nicht besonders vorgebildete Menschen verhalten sich da nach meinen Beobachtungen wesentlich pragmatischer, und tun sich nicht ohne Not Schnee und Kälte an).

Dennoch waren auch die Folgeaktionen gut und wertvoll, wurden von der örtlichen Presse aufmerksam beobachtet und z.T. sogar mit unverhohlener Sympathie verfolgt. Auch wenn die Angelegenheit nicht mehr zu ändern war, jedenfalls nicht auf kürzere Sicht, ging von den Aktionen das Signal aus: Das merken wir uns! So schnell kommt Ihr (Kommunalpolitiker) diesmal nicht davon!

Mit der vorletzten Aktion, am Dienstag vergangener Woche, eigentlich recht harmlos angelegt und von nur 8-10 Aktivisten umgesetzt, bewirkten wir - zu unserer eigenen Überraschung - noch mal einen ganz schönen Wirbel, der tagelang anhielt. Der Vorsitzendes des Sozialausschusses, gleichzeitig sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, verbat sich die Verwendung von Opern- und Ferngläsern durch das Publikum auf der Zuschauertribüne und drohte mit Rauschmiss, falls dem nicht Folge geleistet würde. Als dann noch ruchbar wurde, dass wir das Verhalten der Ausschussmitglieder bei der entscheidenden Abstimmung auf einer Tafel vor der Tür dokumentiert hatten, verlor Taranczewski vollends die Fassung. Noch 2 Tage später ließ er sich zu der Äußerung verleiten, dass ihn dieses Verhalten an Nazimethoden erinnere. So sind sie, die Damen und Herren von der SPD, wenn man ihnen bei ihren Geschäften zu sehr auf die Finger schaut. Das mögen sie nicht.

Klar, dass das Bündnis angesichts solcher verbaler Entgleisungen auch Zustimmung von Leuten erfuhr, die sich bislang aus den Auseinandersetzungen um das Sozialticket herausgehalten hatten. Unter dem Strich **haben die Aktionen dafür gesorgt, dass die Frage von Armut und Mobilität auf der öffentlichen Agenda bleibt** und als Thema bis weit in die kommenden Kommunal- und Landtagswahlen (am 9. Mai) hineinstrahlen dürfte.

Mit der Kundgebung des Bündnisses am gestrigen Donnerstag - einschließlich der öffentlichen Verbrennung eines überdimensionalen Unsozialtickets - ist ein vorläufiger Schlusspunkt erreicht. An dieser Front ist vorerst nichts mehr zu erreichen. Selbst die von uns geforderte Interimslösung - bis zur Einführung des VRR-Sozialtickets (vgl. u.) - fand gestern nicht die Zustimmung der Ratsmehrheit aus SPD, CDU und FDP/Bürgerliste. Sozialforum und alle Bündnispartner dürften sich ab heute stärker wieder anderen Fragen zuwenden, bei denen vielleicht mehr zu holen ist. Immerhin gibt es aber die Vereinbarung, dass wir uns als Bündnis am kommenden 1. Mai mit einem eigenen Infostand zur Notwendigkeit eines echten Sozialtickets beteiligen.

\*\*\*\*

Ein paar Worte noch zu den **Entwicklungen auf der Ebene des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VRR)**. Seit etwa Ende Januar wissen wir von Berichten, wonach auf VRR-Ebene ein Sozialticket für Einkommensschwache eingeführt werden soll, und zwar im gesamten Verbundraum. Geplante Einführung etwa August/September 2010. Diesen Berichten zugrunde liegt eine entsprechende Verabredung zwischen der CDU und den Grünen in der VRR-Verbandsversammlung, die dort seit den NRW-Kommunalwahlen im letzten August zusammengenommen über eine klare Mehrheit verfügen.

So erfreulich diese Aussicht auf ein Sozialticket in allen VRR-Städten bzw. -Landkreisen auch ist: Es gibt bei den Initiativen in der Region hinsichtlich dieser Pläne auch einige gewichtige **Kritikpunkte bzw. Vorbehalte**.

Diese richten sich zu allererst gegen den geplanten Preis (gestaffelt zwischen 15 und 23 Euro), ferner gegen die in der Verabredung angedeutete Restkostendeckung mittels Preisanhebungen bzw. Leistungseinschränkungen bei einigen regulären Ticket-Arten. Andere Befürchtungen, die vor allem von den großen Verkehrsunternehmen genährt bzw. verstärkt werden, richten sich gegen zusätzlichen Personalabbau (bzw. erhöhten Leistungsdruck) oder auch möglicherweise zu erwartende Einschränkungen im öffentlichen Verkehrsangebot.

Und schließlich trauen viele Mitstreiter/-innen den beiden Parteien nicht recht über den Weg, insbesondere nicht der Rüttgers-CDU. Vielleicht heißt es ja einen Tag nach den Landtagswahlen plötzlich: April, April! Wir müssen nun doch mehr dafür nehmen, das lässt sich so nicht finanzieren! Das wäre jedenfalls nicht das erste Mal.

Das Dortmunder Sozialforum hat dazu gestern abend eine **Stellungnahme** verabschiedet, die Ihr in der Anlage zu dieser Mail findet. Als Link ist dieser Text auch zu finden unter:

<http://agora.free.de/sofodo/ueber-uns/publikationen/dokumentationen/stellungnahme-zur-angekueundigten-einfuehrung-eines-vrr-201csozialtickets201d-und-zum-widerstand-aus-den-vorstandsetagen-der-verkehrsunternehmen>

Weitere, uns bekannte Stellungnahmen von Initiativen aus der Region findet Ihr unter:  
[www.soziale-liste-bochum.de/Meldungen\\_2010/02\\_2010/02\\_2010.html#2010-02-03-PI](http://www.soziale-liste-bochum.de/Meldungen_2010/02_2010/02_2010.html#2010-02-03-PI)

<http://www.sozialticket-oberhausen.de/?cat=5>

<http://www.ik-armut.de/inhalt/Pressemitteilung%20der%20Initiative%2028.1.10.htm>

<http://www.ik-armut.de/inhalt/pm50.htm>

<http://agora.free.de/sofodo/themen/allgem-gesamt/akoplan-zum-vrr-sozialticket>

Der Wortlaut der schwarz-grünen Verabredung vom 28.1. ist auf der Website des Dortmunder Sozialforums eingestellt unter:

<http://agora.free.de/sofodo/themen/allgem-gesamt/einzelheiten-zum-geplanten-vrr-sozialticket>

So weit mein - sicherlich subjektiver - Bericht. Weitere Infos zu den Aktionen in Dortmund, zur Diskussion um die VRR-Pläne und mehr unter:

<http://agora.free.de/sofodo/themen/do-spez-1/sozialticket>.

Einige Materialien zur Armutsentwicklung in Dortmund auf der Akoplan-Website

[www.akoplan.de](http://www.akoplan.de), dort unter Downloads.

Dortmund 19.2.2010

Heiko Holtgrave, Akoplan

AKOPLAN - Institut für soziale und ökologische Planung e.V.

Mitglied im Dortmunder Sozialforum

[www.akoplan.de](http://www.akoplan.de)

Huckarder Str. 10-12, 44147 Dortmund

Tel. 0231/14 59 69 und 52 19 80